

Bericht der Historische Kommission

beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE an den 7. Parteitag

Die Historische Kommission wurde auf Beschluss des Vorstandes der Partei DIE LINKE vom 25. August 2007 gebildet. Sie konnte an die Arbeit der Historischen Kommission der Vorgängerpartei PDS anknüpfen, die vor dreißig Jahren am 23. Juni 1990 ihre Tätigkeit aufnahm. Die PDS hatte damit einer Forderung des Außerordentlichen Parteitages der SED/PDS entsprochen, »zur Weiterführung der grundsätzlichen Klärung objektiver Bedingungen und subjektiver Einflüsse bei der Ausbreitung stalinistischer Praktiken in unserer Partei und Gesellschaft eine Geschichtskommission beim Präsidium des Parteivorstandes zu bilden«. Die Erneuerung der Partei verlangte zwingend nach einer kritischen und selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, einschließlich ihrer Erbschaften und Traditionen.

Die Historische Kommission beim Parteivorstand besteht gegenwärtig aus 27 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Sie wurde am 14. Mai 2017 vom Parteivorstand neu berufen und im Berichtszeitraum durch vereinzelt Kooptierungen ergänzt. Mit Stellungnahmen und Diskussionsangeboten beteiligt sich die Historische Kommission am öffentlichen Geschichtsdiskurs und unterstützt die Meinungsbildung zu historisch-politischen Themen unter Mitgliedern und Sympathisanten. Außerdem pflegt sie Kontakte zu Vertretern und Einrichtungen der Geschichtswissenschaft. Sie ist Mitglied der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (ITH), deren jährliche Tagungen in Linz (Österreich) der inzwischen vielfach vernachlässigten Geschichte der Arbeiterbewegung gewidmet sind. Einige Mitglieder der Kommission sind im Vorstand und im internationalen wissenschaftlichen Beirat der ITH vertreten. Die Mitglieder der Kommission arbeiten ausschließlich ehrenamtlich. Die Arbeit der Kommission wird von einem Sprecherrat koordiniert.

Seit dem 6. Parteitag im Juni 2018 traf sich die Kommission zu fünf Plenartagungen. Die Tagung im März 2020 musste wegen der Pandemie kurzfristig abgesagt werden, die im Juli 2020 wurde als Web-Konferenz organisiert. Inhaltliche Schwerpunkte der Beratungen waren u.a.: Schlussfolgerungen aus der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution 1918, der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Märzkämpfe 1920, der Rückblick auf die doppelte deutsche Staatsgründung 1949 und deren Folgen sowie die Ereignisse um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit vor drei Jahrzehnten. Die Historische Kommission bekräftigte die Bedeutung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung für die deutsche und europäische Erinnerungskultur. Diese Position hatte sie bereits in Erklärungen 2010 und 2015 herausgearbeitet und damit an die Erklärung der Kommission der Vorgängerpartei von 2005 angeknüpft.

Ein besonderer Schwerpunkt ergab sich aus der Ankündigung, die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in die Zuständigkeit des Bundesarchives zu nutzen, um ein „Archiv der DDR-Diktatur“ zu etablieren. Gemeinsam mit der kulturpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Simone Barrientos hat die Historische Kommission über die Folgen dieser Absicht beraten und Mandatsträger und Amtsinhaber der LINKEN auf Bundes- und Berliner Landesebene mit Material zur Vorgeschichte der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und archivfachlichen Hinweisen für die Problematik sensibilisiert.

Am 26. Juni 2020 trafen sich der Sprecherrat und Mitglieder der Kommission mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping zu einer Web-Konferenz. Im Zentrum des ausführlichen Meinungsaustausches stand die Frage, wie mit den Konflikten umgegangen werden kann, die sich aus wissenschaftlicher Analyse und politischer Instrumentalisierung ergeben. Anlass war der Missbrauch einer Passage aus einer Erklärung der Historischen Kommission zum 17. Juni 1953 aus dem Jahre 2013 für einen Angriff auf das Geschichtsverständnis der Partei in einer Bundestagssitzung im Juni 2020. Der Anspruch, kritisch und selbstkritisch mit der Geschichte der Partei, ihrer Vorläufer und des Sozialismus umzugehen, kann nicht darauf hinauslaufen, Geschichtsbilder politischer Kontrahenten kritiklos zu übernehmen. Die Partei DIE LINKE sollte im öffentlichen Geschichtsdiskurs und für die Erinnerungskultur auch künftig eigene Ansprüche und Maßstäbe geltend machen.

Zwischen dem 6. und 7. Parteitag haben die Historische Kommission bzw. ihr SprecherInnenrat Erklärungen und Stellungnahmen zum 100. Jahrestag der KPD-Gründung, zum Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920, zum Jahr 1968 als Chiffre für einen globalen Aufbruch sowie zum Platz des Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 im Selbstverständnis der Partei die LINKE veröffentlicht. Außerdem nahm der Sprecherrat zur Auflösung der Historischen Kommission der SPD und zur Entscheidung der Berliner Finanzverwaltung Stellung, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Die Historische Kommission hat sich entschieden, ihre Erklärungen und sonstigen Stellungnahmen sowie alle Texte ihrer Mitglieder, soweit diese ausdrücklich für die Historische Kommission verfasst wurden, unter die Creative Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 3.0 D zu stellen. Diese Lizenz erlaubt es, den Inhalt zu vervielfältigen, zu verbreiten und öffentlich aufzuführen, solange der Name des Autors oder Rechtsinhabers genannt und der Inhalt nicht für kommerzielle Zwecke verwendet wird. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden. Damit will die Historische Kommission will so die Nutzung ihrer Veröffentlichungen durch Dritte vereinfachen.

In Vorbereitung ist außerdem die Publikation aller Erklärungen, die in den zurückliegenden drei Jahrzehnten von den Historischen Kommissionen der PDS und der LINKEN zu den verschiedensten historisch-politischen Themen erarbeitet wurden, in einem Sammelband gemeinsam mit einem Aufsatz zur Geschichte der Kommission.

Außerdem veröffentlicht die Historische Kommission jedes Jahr eine Übersicht über Jahrestage und Jubiläen, die in der historisch-politischen Debatte von Bedeutung sein können.

Auf Anfrage standen Kommissionsmitglieder als Referenten für Landesverbände, Kreis- und Basisorganisationen zur Verfügung. Darüber hinaus waren Kommissionsmitglieder mehrfach an Konferenzen und Veranstaltungen der parteinahen Stiftung und der Bildungsvereine beteiligt. Die Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich gut entwickelt.

Die Mitglieder der Kommission griffen mit zahlreichen Publikationen in verschiedene jeweils aktuelle geschichtspolitische Debatten ein. So waren an der Konferenz und dem daraus hervorgegangenen Sammelband „Zweimal Deutschland. Soziale Politik in zwei deutschen Staaten – Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege“ (2020) Stefan Bollinger als Herausgeber und Autor sowie Jürgen Hofmann und Jörg Roesler als Autoren beteiligt. Stefan Bollinger publizierte außerdem zur Novemberrevolution (2018). In Vorbereitung ist vom ihm ein Buch zu den Hintergründen des Kriegsausbruchs 1939. Jörg Roesler veröffentlichte zur DDR-Geschichte (2018) und zur Treuhand (2019), Reiner Tossdorf zur Internationalen Arbeitsorganisation (2019), Mario Keßler zu deutschen Kommunisten im USA-Exil (2019), zu Ossip K. Flechtheim, Josef Winternitz und Arkadij Maslow (2019 u. 2020), Ronald Friedmann eine Sammlung geschichtspolitischer Aufsätze (2020) und zu Klaus Fuchs (2020), Marcel Bois zur „Gleichschaltung“ der Volksschullehrer in Hamburg (2020), Mario Hesselbarth zur USPD (2018) und Florian Wilde zum KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer (2018). Bernd Hüttner war Herausgeber von Aufsätzen und Material zur Novemberrevolution (2018), zum Bauhausjubiläum (2019) und zur Arbeiterbewegung in Sachsen-Anhalt (2020). Darüber hinaus meldeten sich Kommissionsmitglieder regelmäßig mit Aufsätzen und Artikeln in Sammelbänden, Zeitschriften und Tageszeitungen zu Wort, darunter im *neuen deutschland* und in der *jungen Welt*. In der inzwischen eingestellten Mitgliederzeitschrift *Disput* waren vor allem Stefan Bollinger und Ronald Friedmann mit regelmäßigen Beiträgen zu lesen.

Ein ausbaufähiges Potential für die geschichtspolitische Arbeit sieht die Historische Kommission bei den Landesverbänden der Partei. Die Möglichkeiten, vor Ort eigene Akzente in der Diskussion um historisches Selbstverständnis und Erinnerungskultur zu setzen, werden noch ungenügend ausgeschöpft. Die Historische Kommission steht für Beratung und Kooperation zur Verfügung. Eine solche Zusammenarbeit besteht seit vielen Jahren schon mit Thüringen, Brandenburg und Berlin. Wünschenswert wären funktionsfähige Arbeitsgemeinschaften bzw. Arbeitsgruppen für Geschichte bei den jeweiligen Landesverbänden.